

Substanzielles Protokoll 37. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. Dezember 2014, 20.30 Uhr bis 23.50 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Joe A. Manser (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 1. | Mitteilungen | |
| 4. | 2014/280 | Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets) FV |
| 5. | 2014/281 | Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2015 FV |
| 6. | 2014/218 | Weisung vom 09.07.2014:
Elektrizitätswerk, Tarif EEA, Rücklieferung aus Energieerzeugungsanlagen, Totalrevision VIB |
| 7. | 2014/238 | Weisung vom 09.07.2014:
Elektrizitätswerk, Anpassung Netznutzungstarife und Rückvergütungen in der Stadt Zürich, Einführung der optionalen Energiesperrung VIB |
| 8. | 2014/279 | Weisung vom 10.09.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung, Büro- und Gewerbehäuser Albisriederstrasse 199a (Siemens-Areal), Quartier Albisrieden, Übertragung von Nutzflächen per 31. Dezember 2014 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit VHB
FV |
| 9. | 2014/262 | Weisung vom 27.08.2014:
Schul- und Sportdepartement, PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Betriebsbeiträge für die Jahre 2015–2017 VSS |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|---|---|-----------|
| 10. | 2014/391 | A | Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 03.12.2014:
Schliessungen von Quartierstandorten der Pestalozzi-Bibliothek (PBZ), Kompensation durch eine Zusammenarbeit mit anderen Anbieterinnen und Anbietern | VSS |
| 11. | 2014/301 | | Weisung vom 24.09.2014:
Schul- und Sportdepartement, Stiftung Zürcher Schülerferien, Betriebsbeiträge 2015–2018 | VSS |
| 12. | 2014/246 | | Weisung vom 20.08.2014:
Stadtentwicklung, Stiftung ECAP, Deutschkurse mit Kinderbetreuung («Niveauekurse»), Beiträge 2015–2018; Integrationsförderung, Unterstützung von durch privaten Trägerschaften realisierten Deutschkursen («Sprachförderkredit»), Beiträge 2015–2018 | STP
VS |
| 13. | 2014/232 | | Weisung vom 09.07.2014:
Kultur, «Zürich im Landesmuseum», permanente Einrichtung mit Animationen und Informationen über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit für Realisierung, jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge 2016–2019 | STP |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

577. **2014/280**
Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 36, Beschluss-Nr. 577/2014).

Felix Moser (Grüne): *Wir sind mit dem Budget mehr oder weniger zufrieden. Beim einen oder anderen Punkt hätten wir uns natürlich ein anderes Ergebnis gewünscht. Wir haben durchaus mehr als sechs Kürzungsanträge gestellt. Viele verstehen offenbar nicht, was ein Globalbudget ist. Wir stehen aber trotzdem hinter dem Budget und werden es so gutheissen.*

Michael Baumer (FDP): *Unser Ziel war ein ausgeglichenes Budget. Wir sind mit diesen 40 000 Millionen Franken noch nicht mal in der Nähe eines ausgeglichenen Budgets.*

Uns wurde vorgeworfen, wir hätten tabellarische Abzüge gemacht. Die haben wir gemacht, weil gegen Globalbudgets argumentiert wurde und unsere Anträge dort abgelehnt wurden. Beim nächsten Mal bleibt uns nur, das Budget mit einem klaren Auftrag zurückzuweisen oder Einzelanträge zu stellen. In diesem Fall dauert die Debatte vermutlich länger. Die Budgetdebatte lässt uns unbefriedigt zurück. Wenn der Stadtrat seine Führungsverantwortung in dieser Frage nicht wahrnimmt, können wir noch lange diskutieren und werden nie auf einen grünen Zweig kommen. Der Stadtrat muss die Finanzen endlich in eine ausgeglichene Form bringen und nicht einfach das Defizit immer von einem Jahr auf das nächste verschieben.

Dr. Davy Graf (SP): *Die SVP und FDP sind einfach gescheitert mit ihrer Budgetpolitik. Den Vorwurf müssen sie nicht dem Rat machen, sondern sich selber stellen. Die Stadt ist im Moment sehr attraktiv, hat gute Dienstleistungen und bietet sehr viel für ihre Bevölkerung. Wir wehren uns gegen Pauschalkürzungen. In unseren Augen gibt es kein strukturelles Defizit, sondern nur eine Struktur, die sich ändert. Unsere Stadt wächst, es gibt immer mehr Kinder und diese brauchen Schulhäuser und Betreuung. In den letzten vier oder fünf Jahren ist die Stadt vor allem im Gesundheits- und Schul- und Sportdepartement gewachsen. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns in den nächsten Jahren stellen müssen.*

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Die SVP respektiert den Willen des Soveräns nicht, wenn sie die Kürzungen auf Null stellt. Von der FDP habe ich keine betriebswirtschaftlich zielgerichteten Argumente in dieser Budgetdebatte gehört.*

Martin Bürlimann (SVP): *Die Verwaltung beschafft sich selber Arbeit, unabhängig der eigentlichen Aufgabe. Das Wachstum der Verwaltung ist nichts Schlechtes, nur muss man damit richtig umgehen. Es wurde keine Budgetsanierung gemacht, nur Kosmetik betrieben. Das Defizit ist noch da, Ausgaben und Kosten sind gestiegen. Das Eigenkapital wurde nicht gestärkt, es sinkt weiter und es ist nicht absehbar, wie es wieder steigen soll. Die Personal- und Lohnkosten steigen an, die Steuereinnahmen auch. Das Nettoeinkommen des Gewerbes und der Steuerzahler sinkt. Es wurde verpasst, das Budget in einer möglichen Zeitspanne zu sanieren.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Man muss seriöse Anträge stellen, die auch Hand und Fuss haben. Darüber kann man diskutieren, was noch lange nicht heisst, dass wir die Kürzungen befürworten. Das ist kein nachhaltiges Sparen. Wir übernehmen die Verantwortung für das Budget, auch wenn es Streichungen beinhaltet, die wir so nicht gutheissen. Wir werden deshalb auch während des Jahres genau hinschauen, welche Ausgaben sinnvoll sind und welche nicht.*

Roger Tognella (FDP): *Wenn die Grünen das Budget so gutheissen, übernehmen sie automatisch die Verantwortung dafür. Das Parlament hat dieses Jahr eine Chance verpasst, das Budget ausgeglichen darzustellen. Auch im nächsten Jahr werden wir eine spannende Debatte haben. Der Stadtrat tut gut daran, seine eigenen Rückschlüsse durch eine Manöverkritik zu ziehen. So ist es sinnlos, das Parlament mit dem Budget zu beschäftigen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Es wurden 30,3 Millionen Franken in der laufenden Rechnung gespart. Damit wurde ein Beitrag zur Verbesserung der städtischen Rechnung geleistet. Es ist auch ein weiterer Schritt, um die ausgeglichene Rechnung zu erreichen. An diesem Ziel hält der Stadtrat nach wie vor fest. Ganz offensichtlich ist aber das Verhältnis zwischen RPK und Stadtrat nicht das Beste. Es gab Missverständnisse auf beiden Sei-*

ten, was uns nicht kalt lässt. Wir wollen nicht gegen die RPK arbeiten, deshalb möchte ich gerne noch einmal mit der RPK darüber reden, um die offenen Punkte zu klären, damit wir nächstes Jahr wieder zu einer sachlichen Diskussion kommen können. Die finanzpolitische Lage ist kritisch. Zürich ist als Lebens- und Wirtschaftsraum nach wie vor attraktiv und diese Attraktivität gilt es mit Augenmass weiter zu entwickeln.

Dispositivziffern 1–2

Kommissionsminderheiten:

Roger Liebi (SVP): *Wir können die Verantwortung für das Budget nicht übernehmen und lehnen sie ab. Wir hoffen, dass sich die Führung beim Stadtrat ändert. Am Finanzvorstand alleine liegt es nicht, der Gesamstadtrat muss mithelfen, zu den ausgeglichenen Finanzen zu kommen. Wir lehnen die Dispoziffern 1 und 2 ab.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Minderheit 1 der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Minderheit 1: Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne)
Minderheit 2: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 1 mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Minderheit 1 der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Minderheit 1: Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne)
Minderheit 2: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 1 mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Die RPK-Mehrheit beantragt, der Dispositivziffer 3 zuzustimmen. Die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem sind nach erfolgter Lohnrunde 2015 auf Titel mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Die Minderheit beantragt beim Dispopunkt 3, die Übertragung nicht zu gewähren.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Dispositivziffer 4

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Rebekka Wyler (SP): *Wir befinden die Lage nicht als so dramatisch, dass wir die Steuern unbedingt hochsetzen müssen. Sie ist aber auch nicht derart gut, dass wir die Steuern senken können. Es gibt keinen Handlungsbedarf und wir beantragen, den Steuerfuss auf 119 % zu belassen.*

Walter Angst (AL): *Der Antrag auf Rücknahme der Steuerfussenkung aus dem Jahr 2007 hat nichts damit zu tun, dass man die Ausgaben nicht reduzieren muss. Es geht uns darum, dass man die nötigen Finanzen hat, um Zukunftsprojekte wie Tagesschulen finanzieren zu können.*

Roger Liebi (SVP): *Wir beantragen eine Steuerfussenkung auf 116 %. Die damalige Steuerfussenkung hat einen wesentlichen Beitrag daran geleistet, um die Stadt noch attraktiver zu machen. Die tiefen Zinsen bewirken grosse Probleme in der Finanzierung der AHV und Pensionskasse und haben Auswirkungen auf den Konsum. Dies kann einzig über Steuersenkungen korrigiert werden.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): *Für einen attraktiven Standort müssen stabile, politische Rahmenbedingungen gegeben sein. Heute haben wir Schwierigkeiten, die attraktiven Bedingungen aufrecht zu erhalten. Den Steuerfuss müssen wir deshalb stabil halten. Für die Ansiedlung von Firmen ist es wichtig, langfristige Bedingungen zu signalisieren. Deshalb stimmen wir für die Beibehaltung der 119 %.*

Änderungsanträge/Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf **122** Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf **116** Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit 1: Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent
Minderheit 2: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	92 Stimmen
Antrag Minderheit 1	9 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>22 Stimmen</u>
Total	123 Stimmen
= absolutes Mehr	62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Dispositivziffer 5

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK beantragt einstimmig mit einigen Enthaltungen, dem Budget der Stiftung PWG zuzustimmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 81 gegen 0 Stimmen zu.

Dispositivziffer 6

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK-Mehrheit beantragt, das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien zur Kenntnis zu nehmen.

Roger Liebi (SVP): Kinderreich fängt in der Stadt bei einem Kind an. Das akzeptieren wir so nicht und nehmen das Budget ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2015 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit : Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 22 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit : Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 22 Stimmen zu.

Dispositivziffer 7

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Die einstimmige RPK beantragt, das Budget der Stiftung Alterswohnungen zur Kenntnis zu nehmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Ausstand: Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Dispositivziffer 8

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der Kommission beantragt, das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) zur Kenntnis zu nehmen.

Roger Liebi (SVP): Die AOZ betreibt Asylpolitik, die Asyltourismus fördert. Wir nehmen den Bericht deshalb ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2015 mit zwei Produktgruppen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit :	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung:	Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 22 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit :	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung:	Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 26 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2015 werden genehmigt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohn-

system (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 18 667 200.– nach erfolgter Lohnrunde 2015 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.

4. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
5. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird genehmigt.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2015 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

600. 2014/281

Weisung vom 10.09.2014:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2015

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 850 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Rebekka Wyler (SP): *Der Stadtrat benötigt die nötigen flüssigen Mittel. Die RPK-Mehrheit lehnt die beiden Änderungsanträge ab. Die Höhe des Betrags ist gut begründet und hat auch mit der Gesamtsumme des Budgets zu tun.*

Kommissionsminderheiten:

Martin Bürlimann (SVP): *Der Stadtrat erwartet einen Geldbetrag von 850 Millionen Franken. Im Moment sind die Zinsen tief, was dazu verlockt die Zinsen zu erhöhen. Man muss vor allem beim Fremdkapital antizyklisch handeln. Jetzt sollte man Rückstellungen bilden und Fremdkapital abbauen. Wenn die Zinsen steigen, ist es dazu zu spät. Das Eigenkapital sinkt und ist in drei Jahren nirgendwo mehr, wenn die Stadt so weitermacht. Wir empfehlen eine Senkung von 350 Millionen Franken auf den neuen Betrag von 500 Millionen Franken. Die Senkung setzt sich zusammen aus Einsparungen an Investitionen und dem gesparten Budgetdefizit, wenn sie unseren Anträgen gefolgt wären.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Die Minderheit 2 beantragt, die Grenze für die Beschaffung von erforderlichen Finanzmitteln auf 300 Millionen Franken zu begrenzen. Wir sind der Meinung, dass diverse Investitionen nicht ausgeschöpft werden, weshalb wir vorläufig diese Grenze beantragen. Wenn man im Verlauf des Jahres sieht, dass dies nicht*

ausreicht, kann man immer noch einen Antrag seitens Stadtrat stellen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Wie man von 850 Millionen Franken Finanzbedarf auf 300 Millionen Franken kommt, leuchtet mir nicht ein. Auch nicht, dass der Kampf ums städtische Geld jetzt auch noch in der Darlehensweisung stattfindet und dies in einer Zeit, in der das Geld so billig ist. Die Rechnung wird nicht belastet, sondern entlastet, wenn man teurere Darlehen durch billigere ersetzt.*

Roger Liebi (SVP): *Das Geld ist jetzt günstig, um die laufenden Darlehen zu ersetzen. Aber es wird dabei auch neues Fremdkapital geschaffen. Was jetzt aufgenommen wird, wird nicht in den nächsten zwei, drei Jahren unsere Rechnung belasten. Aber in zehn oder fünfzehn Jahren wird es die Rechnung belasten. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Das Geld, das jetzt über Kredite in die Kasse fliesst, bleibt nicht dort, sondern wird irgendwo ausgegeben. Damit kämen wir zur Frage, ob es sinnvoll ausgegeben wird oder nicht. Man muss das Geld aufnehmen, das man braucht und nicht, weil es billig ist.*

Martin Bürlimann (SVP): *Das Eigenkapital sinkt. Sie sind das Budget nicht strategisch genug angegangen und haben keine überflüssigen Punkte gestrichen. Rückstellungen hätten gebildet werden müssen und das Eigenkapital gestärkt werden. Würde das Eigenkapital, trotz der gestiegenen Ausgaben, jetzt gestärkt, könnte man die Weisung unterstützen und es könnte ein interessantes Finanzierungsmodell sein. Dies sollte aber nur ein Privater machen und kein kollektives Gebilde wie eine Gemeinde.*

Dr. Mario Babini (Parteilos): *Ich schaue mir die Zinsentscheidungen der Nationalbank sehr genau an. In den Berichten steht, dass wir noch eine sehr lange Zeit mit einer praktisch Nullzinspolitik rechnen können. Wenn man jetzt Geld zurück zahlt, macht man einen grossen Fehler und nicht viel richtig.*

Urs Fehr (SVP): *Dass man die Jahresrechnung nicht belastet, wenn man Fremdkapital aufnimmt oder erhöht, stimmt nicht. Auch wenn der Zins tief ist, wird er der Erfolgsrechnung belastet.*

Änderungsanträge

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 500 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 300 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der

Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit 1: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
Minderheit 2: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	80 Stimmen
Antrag Minderheit 1	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>21 Stimmen</u>
Total	123 Stimmen
= absolutes Mehr	62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird – gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung – ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2015 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 850 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

601. 2014/218

Weisung vom 09.07.2014:

Elektrizitätswerk, Tarif EEA, Rücklieferung aus Energieerzeugungsanlagen, Totalrevision

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 566 vom 3. Dezember 2014:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Eduard Guggenheim (AL), Christina Hug (Grüne), Raphael Kobler (FDP), Min Li Marti (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Karin Weyermann (CVP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): *In Zeile 25 und folgende mussten wir einen Artikel so umstellen, wie es der Gesetzestechnik entspricht. In Zeile 29 und 32 haben wir einen Tarif herausgenommen, weil es ihn nicht gibt. Die Redaktionskommission beantragt einstimmig, den Anträgen so zuzustimmen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Präsident Heinz Schatt (SVP), Ruth Ackermann (CVP), Andreas Edelmann (SP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüsey (SVP), Markus Kunz (Grüne), Kyriakos Papageorgiou (SP), Shaibal Roy (GLP), Corinne Schäfli (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Michel Urben (SP)

Enthaltung: Alexander Jäger (FDP), Marcel Müller (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Es wird ein Tarif EEA, Rücklieferungen aus Energieerzeugungsanlagen in der Stadt Zürich für das Elektrizitätswerk gemäss Beilage erlassen.

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung, folgenden Tarif:

Tarif EEA Rücklieferungen aus Energieerzeugungsanlagen an das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz)

Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2014

Art. 1 Zweck und Geltungsbereich

¹ Der Tarif EEA regelt die Rücklieferung von Energie aus elektrischen Energieerzeugungsanlagen (EEA) an das ewz und die Vergütung der Energie durch das ewz.

² Der Tarif gilt für die Rücklieferung von erneuerbarer oder fossiler Energie, zu deren Abnahme das ewz

gemäss Art. 7 Abs. 1 Energiegesetz (EnG; SR 730.0) als Verteilnetzbetreiber in der Stadt Zürich verpflichtet ist.

³ Der Tarif EEA gilt nicht, wenn mit der Betreiberin oder dem Betreiber einer EEA die Übernahme der Energie vertraglich gemäss Ziff. 1.2.2 des Reglements über den Betrieb des Verteilnetzes und die Energielieferung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) (AS 732.210) oder im Rahmen der Solarstrombörse vereinbart ist.

Art. 2 Vergütung für Wirkenergie

¹ Die Vergütung für Wirkenergie aus EEA richtet sich nach der jeweils geltenden Empfehlung des Bundesamts für Energie (BFE) über die Anschlussbedingungen der Elektrizitätsproduktion gemäss Art. 7 EnG und Art. 28a EnG.

² Der Stadtrat publiziert die Vergütung gemäss der jeweils geltenden Empfehlung des BFE in der Amtlichen Sammlung (AS).

Art. 3 Tarifzeiten

Hochtarif:	Montag – Samstag 06.00 bis 22.00 Uhr
Niedertarif:	Montag – Sonntag 22.00 bis 06.00 Uhr
	Sonntag 06.00 bis 22.00 Uhr

Art. 4 Energiemessung

Der Energiebezug, die Energieerzeugung und die Energierücklieferung werden separat gemessen. Die Kosten der Lieferung und Montage von Tarifapparaten, die der Messung der Energieerzeugung und Energierücklieferung dienen, gehen zulasten der Betreiberin oder des Betreibers der EEA.

Art. 5 Ablesung und Verrechnung

Die Energieerzeugung und die Energierücklieferung werden mindestens einmal pro Jahr abgelesen und abgerechnet. Das ewz kann kürzere Abrechnungsperioden festlegen.

Art. 6 Fälligkeit

Das ewz vergütet Energierücklieferungen innert 30 Tagen ab Rechnungsdatum.

Art. 7 Aufhebung

Der Tarif EEA, Rücklieferungen aus Energieerzeugungsanlagen für das Elektrizitätswerk, vom 25. Januar 2006, wird aufgehoben.

Art. 8 Übergangsbestimmung

¹ Für Photovoltaikanlagen, die zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. Dezember 2011 in Betrieb genommen wurden, leistet das ewz eine einmalige Fördervergütung im Sinne einer gemeinwirtschaftlichen Leistung gemäss Ziff. 2.2.2 der Tarife Netznutzung ZH-NNA (AS 732.325), ZH-NNB1 (AS 732.326), ZH-NNB2 (AS 732.324), ZH-NNC (AS 732.327) und ZH-NNC-U (AS 732.328) für die Stadt Zürich.

² Die Fördervergütung orientiert sich an den für das Jahr der Inbetriebnahme geltenden durchschnittlichen Investitionskosten sowie an der restlichen Amortisationsdauer und bemisst sich pauschal pro Photovoltaikanlage wie folgt:

Inbetriebnahme 2006:	Fr. 400.– pro installierte kWp
Inbetriebnahme 2007:	Fr. 360.– pro installierte kWp
Inbetriebnahme 2008:	Fr. 320.– pro installierte kWp
Inbetriebnahme 2009:	Fr. 280.– pro installierte kWp
Inbetriebnahme 2010:	Fr. 240.– pro installierte kWp
Inbetriebnahme 2011:	Fr. 200.– pro installierte kWp

³ Das ewz regelt den Vollzug.

Art. 9 Inkrafttreten

Der Stadtrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

602. 2014/238

Weisung vom 09.07.2014:

Elektrizitätswerk, Anpassung Netznutzungstarife und Rückvergütungen in der Stadt Zürich, Einführung der optionalen Energiesperrung

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 532 vom 19. November 2014:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Eduard Guggenheim (AL), Christina Hug (Grüne), Raphael Kobler (FDP), Min Li Marti (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Karin Weyermann (CVP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): *In Zeile 0.08 haben wir den Titel des Tarifs geändert. In Zeile 14 haben wir den Titel geändert, weil es mehr als eine Voraussetzung gibt. In Zeile 15 haben wir den Satz «in andere Anlagen», also eine sprachliche Vereinfachung vorgenommen. Die einstimmige Redaktionskommission beantragt, diesen Änderungen zuzustimmen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP)

Abwesend: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP)

Abwesend: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP)
Abwesend: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP)
Abwesend: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP)
Abwesend: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP)
Abwesend: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP)

Abwesend: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Rückvergütung für naturemade zertifizierten Strom des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) vom 18. April 2012 (AS 732.329) wird wie folgt geändert:

1. Kundinnen und Kunden, die ewz.solartop beziehen, erhalten vom ewz eine Rückvergütung. Für die Finanzierung der Rückvergütung stehen total Fr. 800 000.– pro Jahr zur Verfügung. Der Stadtrat legt die Rückvergütung aufgrund der Absatz- und Kostenprognosen fest.

2. Die Wärmepumpen-Rückvergütung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich vom 18. April 2012 (AS 732.313) wird aufgehoben.

3. Der Tarif Netznutzung ZH-NNA für die Stadt Zürich vom 3. September 2008 (AS 732.325) wird wie folgt geändert:

2.2.2 Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen an die Stadt

¹ Das ewz erbringt die folgenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Stadt und erhebt dafür eine Entschädigung:

- a. Bau, Instandhaltung und Betrieb der öffentlichen Beleuchtung und der öffentlichen Uhren;
- b. Energieberatung;
- c. Leistungen an den Stromsparmögensfonds;
- d. Rückvergütung an energieeffiziente Kundinnen und Kunden (Effizienzbonus); und
- e. Rückvergütung für naturemade zertifizierten Strom.

² [unverändert]

2.2.4 Option Unterbrechung für Wärmepumpen

2.2.4.1 Voraussetzungen

¹ Auf Gesuch kann das ewz Kundinnen und Kunden eine Vergünstigung gewähren, wenn:

- a. sie über eine Wärmepumpe verfügen, die mit einer eigenen Steuer- und Messeinrichtung ausgerüstet ist, so dass das ewz die Energiezufuhr gemäss Ziff. 2.2.4.3 sperren kann; und
- b. die Wärmepumpe sich in einem Gebiet befindet, in dem das ewz zur Optimierung der Netznutzung den Bedarf hat, die Netzlast zu steuern.

² Das ewz kann andere Anlagen für die Option Unterbrechung zulassen.

³ Es besteht kein Anspruch auf die Bewilligung der Option Unterbrechung.

2.2.4.2 Vergünstigung

Das ewz gewährt auf der Entschädigung für die Netznutzung, die für den Bezug von Energie für die Wärmepumpe geschuldet ist, eine Vergünstigung in der Höhe von 1 Rp./kWh im Hochtarif und 0,3 Rp./kWh im Niedertarif.

2.2.4.3 Sperrung der Energiezufuhr

Das ewz kann bei Wärmepumpen jederzeit die Durchleitung von Energie während höchstens sechs Stunden pro Tag sperren. Die einzelne Sperrung dauert höchstens zwei Stunden. Anschliessend entspermt das ewz die Energiezufuhr während mindestens der gleichen Dauer.

2.2.5 Mehrwertsteuer und Zuschläge

[neue Nummerierung]

3. Änderung des Netznutzungsentgelts

Der Stadtrat ist ermächtigt, Anpassungen an den Tarifen gemäss Ziff. 2.2.1 und 2.2.4 vorzunehmen, soweit sie sich aus Vorgaben des Bundesgesetzes über die Stromversorgung (StromVG; SR 734.7) oder Vorgaben und Weisungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (EiCom) ergeben.

4. Der Tarif Netznutzung ZH-NNB1 für die Stadt Zürich vom 3. September 2008 (AS 732.326) wird wie folgt geändert:

2.2.2 Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen an die Stadt

¹ Das ewz erbringt die folgenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Stadt und erhebt dafür eine Entschädigung:

- a. Bau, Instandhaltung und Betrieb der öffentlichen Beleuchtung und der öffentlichen Uhren;

- b. Energieberatung;
- c. Leistungen an den Stromsparfonds;
- d. Rückvergütung an energieeffiziente Kundinnen und Kunden (Effizienzbonus); und
- e. Rückvergütung für naturemade zertifizierten Strom.

² [unverändert]

2.2.3 Option Unterbrechung für Wärmepumpen

2.2.3.1 Voraussetzungen

¹ Auf Gesuch kann das ewz Kundinnen und Kunden eine Vergünstigung gewähren, wenn:

- a. sie über eine Wärmepumpe verfügen, die mit einer eigenen Steuer- und Messeinrichtung ausgerüstet ist, so dass das ewz die Energiezufuhr gemäss Ziff. 2.2.3.3 sperren kann; und
- b. die Wärmepumpe sich in einem Gebiet befindet, in dem das ewz zur Optimierung der Netznutzung den Bedarf hat, die Netzlast zu steuern.

² Das ewz kann andere Anlagen für die Option Unterbrechung zulassen.

³ Es besteht kein Anspruch auf die Bewilligung der Option Unterbrechung.

2.2.3.2 Vergünstigung

Das ewz gewährt auf der Entschädigung für die Netznutzung, die für den Bezug von Energie für die Wärmepumpe geschuldet ist, eine Vergünstigung in der Höhe von 1 Rp./kWh im Hochtarif und 0,3 Rp./kWh im Niedertarif.

2.2.3.3 Sperrung der Energiezufuhr

Das ewz kann bei Wärmepumpen jederzeit die Durchleitung von Energie während höchstens sechs Stunden pro Tag sperren. Die einzelne Sperrung dauert höchstens zwei Stunden. Anschliessend entsperrt das ewz die Energiezufuhr während mindestens der gleichen Dauer.

2.2.4 Mehrwertsteuer und Zuschläge

[neue Nummerierung]

3. Änderung des Netznutzungsentgelts

Der Stadtrat ist ermächtigt, Anpassungen an den Tarifen gemäss Ziff. 2.2.1 und 2.2.3 vorzunehmen, soweit sie sich aus Vorgaben des Bundesgesetzes über die Stromversorgung (StromVG; SR 734.7) oder Vorgaben und Weisungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) ergeben.

5. Der Tarif Netznutzung ZH-NNB2 für die Stadt Zürich vom 18. April 2012 (AS 732.324) wird wie folgt geändert:

2.2.2 Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen an die Stadt

¹ Das ewz erbringt die folgenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Stadt und erhebt dafür eine Entschädigung:

- a. Bau, Instandhaltung und Betrieb der öffentlichen Beleuchtung und der öffentlichen Uhren;
- b. Energieberatung;
- c. Leistungen an den Stromsparfonds;
- d. Rückvergütung an energieeffiziente Kundinnen und Kunden (Effizienzbonus); und
- e. Rückvergütung für naturemade zertifizierten Strom.

² [unverändert]

2.2.3 Option Unterbrechung für Wärmepumpen

2.2.3.1 Voraussetzungen

¹ Auf Gesuch kann das ewz Kundinnen und Kunden eine Vergünstigung gewähren, wenn:

- a. sie über eine Wärmepumpe verfügen, die mit einer eigenen Steuer- und Messeinrichtung ausgerüstet ist, so dass das ewz die Energiezufuhr gemäss Ziff. 2.2.3.3 sperren kann; und
- b. die Wärmepumpe sich in einem Gebiet befindet, in dem das ewz zur Optimierung der Netznutzung den Bedarf hat, die Netzlast zu steuern.

² Das ewz kann andere Anlagen für die Option Unterbrechung zulassen.

³ Es besteht kein Anspruch auf die Bewilligung der Option Unterbrechung.

2.2.3.2 Vergünstigung

Das ewz gewährt auf der Entschädigung für die Netznutzung, die für den Bezug von Energie für die Wärmepumpe geschuldet ist, eine Vergünstigung in der Höhe von 1 Rp./kWh im Hochtarif und 0,3 Rp./kWh im Niedertarif.

2.2.3.3 Sperrung der Energiezufuhr

Das ewz kann bei Wärmepumpen jederzeit die Durchleitung von Energie während höchstens sechs Stunden pro Tag sperren. Die einzelne Sperrung dauert höchstens zwei Stunden. Anschliessend entsperrt das

ewz die Energiezufuhr während mindestens der gleichen Dauer.

2.2.4 Mehrwertsteuer und Zuschläge

[neue Nummerierung]

3. Änderung des Netznutzungsentgelts

Der Stadtrat ist ermächtigt, Anpassungen an den Tarifen gemäss Ziff. 2.2.1 und 2.2.3 vorzunehmen, soweit sie sich aus Vorgaben des Bundesgesetzes über die Stromversorgung (StromVG; SR 734.7) oder Vorgaben und Weisungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) ergeben.

6. Der Tarif Netznutzung ZH-NNC für die Stadt Zürich vom 3. September 2008 (AS 732.327) wird wie folgt geändert:

2.2.2 Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen an die Stadt

¹ Das ewz erbringt die folgenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Stadt und erhebt dafür eine Entschädigung:

- a. Bau, Instandhaltung und Betrieb der öffentlichen Beleuchtung und der öffentlichen Uhren;
- b. Energieberatung;
- c. Leistungen an den Stromsparfonds;
- d. Rückvergütung an energieeffiziente Kundinnen und Kunden (Effizienzbonus); und
- e. Rückvergütung für naturemade zertifizierten Strom.

²[unverändert]

7. Der Tarif Netznutzung ZH-NNC-U für die Stadt Zürich vom 3. September 2008 (AS 732.328) wird wie folgt geändert:

2.2.2 Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen an die Stadt

¹ Das ewz erbringt die folgenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Stadt und erhebt dafür eine Entschädigung:

- a. Bau, Instandhaltung und Betrieb der öffentlichen Beleuchtung und der öffentlichen Uhren;
- b. Energieberatung;
- c. Leistungen an den Stromsparfonds;
- d. Rückvergütung an energieeffiziente Kundinnen und Kunden (Effizienzbonus); und
- e. Rückvergütung für naturemade zertifizierten Strom.

²[unverändert]

Der Stadtrat setzt die Aufhebung und die Änderung der Tarife in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

603. 2014/279

Weisung vom 10.09.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung, Büro- und Gewerbehäuser Albisriederstrasse 199a (Siemens-Areal), Quartier Albisrieden, Übertragung von Nutzflächen per 31. Dezember 2014 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit

Antrag des Stadtrats:

1. Für die Übertragung per 31. Dezember 2014 von insgesamt etwa 2912 m² Nutzfläche einschliesslich 7 Pflichtparkplätze in der Liegenschaft Albisriederstrasse 199a (Gebäude C), Teil von Kat.Nr. AR6710 und Vers.Nr. 1655, vom Finanzvermögen der Liegenschaftenverwaltung (LVZ) zum Verwaltungsvermögen der Immobilienbewirtschaftung (IMMO) wird ein Objektkredit von Fr. 6 667 000.– bewilligt.
2. Unter Ausschluss des Referendums: Im Budget 2014 der Immobilien-Bewirtschaftung (Institution 4040) werden kumulativ folgende Ergänzungen bewilligt:

a) Kreditübertragung:

Konto (4040) 500101, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften Fr. – 1 900 000.–

Konto (4040) 500488, Albisriederstrasse 199a, Übertragung vom FV ins VV Fr. + 1 900 000.–

b) Krediterhöhung:

Konto (4040) 500488, Albisriederstrasse 199a, Übertragung vom FV ins VV Fr. + 1 167 000.–

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Dr. Pawel Silberring (SP): Die OIZ wird die Räume dauerhaft belegen. Sie haben der OIZ gleichzeitig die Aufgabe einer Fremdmiete an der Wilhelmsstrasse ermöglicht und die Übernahme von 60 Stellen im Rahmen der Zentralisierungsstrategie für die IT. Es gab bauliche Anpassungen von 871 000 Franken, die den Buchwert der Räume erhöhen. Weitere bauliche Massnahmen sind im Rahmen der Weisung angekündigt, aber in der jetzigen Vorlage nicht enthalten. 1,9 Millionen Franken waren schon im Budget 2014 eingestellt und 3,6 Millionen Franken sind schon budgetiert gewesen für die Übertragung, die bereits vorgesehen war. Daraus ergibt sich eine Krediterhöhung von 1,167 Millionen Franken. Die Weisung widerspiegelt nur den Ist-Zustand. Die Mehrheit erachtet das Vorgehen als nachvollziehbar.

Kommissionsminderheit:

Katharina Widmer (SVP): Dem Volk wurde damals bei der Abstimmung versprochen, dass Zürich die Liegenschaft längerfristig vollumfänglich zu Verwaltungszwecken nutzen will. Damals bestand aber auch die Option, einen Teil im Finanzvermögen zu belassen, zwecks einer späteren Weiterveräusserung. Die Stadt hat den günstigsten Zeitpunkt verpasst, denn vor Jahren wären die Vermietungs- und Verkaufsgespräche noch deutlich erfreulicher verlaufen. Lange Leerstände sind auch angesichts an Rochadeflächen durch die IMMO nicht zu legitimieren. Die IMMO mietet für Verwaltungszwecke an vielen Orten in der Stadt für 300 bis 600 Franken pro m² und Jahr, während sie im OIZ grosse Flächen für Jahrzehnte zu günstigen Konditionen fremdvermietet oder Leerstände in Kauf nimmt. Seit Jahren wird uns ein Rückgang der Fremdvermietungen versprochen. Mit einem Gesamtkonzept über die Verwaltungs- und Vermietungspraxis könnten allenfalls weitere Verluste verhindert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Pawel Silberring (SP): Im Kanton Zürich gibt es im Moment einen Leerstand von 5 % Büroräumlichkeiten und in der Stadt von 2,9 %. Richtig ist, dass es in dem Gebäudekomplex zum Teil seit 2012 Büros gibt, die leerstehen. Dies gilt es immer dann zu berücksichtigen, wenn z. B. Verlängerungen von Fremdmieten anstehen, die nicht ortsgelunden sind. Ausser, dass es das gleiche Gebäude betrifft, haben die Forderungen aber keinen Zusammenhang. Deshalb lehnt die Mehrheit den Rückweisungsantrag ab.

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): Wir lehnen den Rückweisungsantrag auch ab. Wir haben ebenfalls das Gefühl, dass die Forderung nichts mit der Vorlage zu tun hat. Dies kann man zu einem anderen Zeitpunkt einmal grundsätzlich diskutieren.

Urs Fehr (SVP): Wir warten auf eine Strategie, die uns der Stadtrat schon lange versprochen hat. Wir fordern den Stadtrat auf, diese endlich zu liefern.

Dr. Daniel Regli (SVP): *Man wusste nicht, wann man die Räume für die eigene Verwaltung benötigt, deshalb hat man sie zum Teil fremdvermietet. Nach wie vor ist es allerdings ein Rätsel, wie lange die Fremdvermietungen andauern sollen. Im Moment sind es 2 Millionen Franken durch Leerstände. Nicht, weil man nicht fremdvermieten konnte, sondern weil man teilweise nicht wollte. 13 Millionen Franken kommen dazu, weil man bis 2033 und 2034 grosse Flächen in den Gebäuden vermietet hat. Warum hat man fremdvermietet? Die Verwaltungseinheiten der Stadt hätten längst in das OIZ-Gebäude einziehen und die Flächen dort belegen können.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, unter Bekanntgabe aller Fakten eine neue Weisung vorzulegen, mit welcher weitere schädigende Fremdvermietungen ausgeschlossen werden. Lange Leerstände und eine intransparente, inadäquate Strategie der Fremdvermietung fügen der Stadtkasse für Jahrzehnte herbe Verluste zu.

Mehrheit: Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Eva Hirsiger (Grüne), Tamara Lauber (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Dr. Esther Straub (SP)
Minderheit: Katharina Widmer (SVP), Referentin; Urs Fehr (SVP)
Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Eva Hirsiger (Grüne), Tamara Lauber (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Dr. Esther Straub (SP)
Minderheit: Katharina Widmer (SVP), Referentin; Urs Fehr (SVP)
Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Niklaus Scherr (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Eva Hirsiger (Grüne), Tamara Lauber (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Dr. Esther Straub (SP)
Minderheit: Katharina Widmer (SVP), Referentin; Urs Fehr (SVP)
Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Niklaus Scherr (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Übertragung per 31. Dezember 2014 von insgesamt etwa 2912 m² Nutzfläche einschliesslich 7 Pflichtparkplätze in der Liegenschaft Albisriederstrasse 199a (Gebäude C), Teil von Kat.Nr. AR6710 und Vers.Nr. 1655, vom Finanzvermögen der Liegenschaftsverwaltung (LVZ) zum Verwaltungsvermögen der Immobilienbewirtschaftung (IMMO) wird ein Objektkredit von Fr. 6 667 000.– bewilligt.
2. Unter Ausschluss des Referendums: Im Budget 2014 der Immobilien-Bewirtschaftung (Institution 4040) werden kumulativ folgende Ergänzungen bewilligt:
 - a) *Kreditübertragung:*

Konto (4040) 500101, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften	Fr. – 1 900 000.–
Konto (4040) 500488, Albisriederstrasse 199a, Übertragung vom FV ins VV	Fr. + 1 900 000.–
 - b) *Krediterhöhung:*

Konto (4040) 500488, Albisriederstrasse 199a, Übertragung vom FV ins VV	Fr. + 1 167 000.–
---	-------------------

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

604. 2014/262

Weisung vom 27.08.2014:

Schul- und Sportdepartement, PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Betriebsbeiträge für die Jahre 2015–2017

Antrag des Stadtrats:

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für die Jahre 2015–2017 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 9 400 000.– gewährt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit zu den Änderungsanträgen 1–2 und zu den Dispositivziffern 1–3:

Hans Urs von Matt (SP): Die Pestalozzi-Bibliothek gehört zur Grundversorgung und ist quasi unsere Stadtbibliothek. Sie betreibt ein Netz von 15 Bibliotheken, verteilt über das ganze Stadtgebiet. In der letzten Beitragsperiode wurden zwei Bibliotheken umgebaut und das Onlinesystem konnte implementiert werden. In der nächsten Beitragsperiode will

man den Masterplan zur Weiterentwicklung des Filialnetzes vorantreiben. Dies zusammen mit den Quartierbibliotheken, die eine kritische Grösse haben um sie weiterhin optimal zu betreiben. Für uns ist es eine Subvention, deshalb sollten wir keine Forderungen formulieren, die als Leistungsauftrag interpretiert werden könnten, wodurch eine Mehrwertsteuer fällig würde. Die Weisung sollte so beschlossen werden, wie sie der Stadtrat vorgelegt hat. Weder eine Erhöhung des Beitrags mit dem Auftrag, die Quartierbibliotheken zu erhalten, noch Kürzungen vorzunehmen.

Kommissionsminderheit 1 zu den Änderungsanträgen 1–2 und Kommissionsminderheit zu Dispositivziffer 1:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir beantragen eine jährliche Kürzung von 400 000 Franken. Einerseits kann man von der PBZ als grosse Firma erwarten, dass sie ihren Gürtel enger schnallt und unternehmerische Optimierungen vornimmt. Die Zentralisierung ist ja bereits ausgesprochen. Die PBZ will kleine Bibliotheken dezentral abbauen und die Flaggschiffe ausbauen. In den Quartieren wollen die Leute aber ihre Bibliothek behalten. Wir möchten keine Verteuerung und unterstützen dies. Die Flaggschiffe sind nicht nur Bibliotheken, sondern staatliche Wohn- und Kinderzimmer. Es gibt Sofaplätze und Sessel, Spiel-landschaften für Kleinkinder, PC- und Konsolenspiele. Es gibt über 100 Veranstaltungen in der PBZ. Dieses Überangebot sollte abgebaut werden. Den Dispopunkt 2 befürworten wir, Dispopunkt 3 lehnen wir ab. Den Änderungsantrag unterstützen wir.*

Kommissionsminderheit 2 zu den Änderungsanträgen 1–2 und Kommissionsminderheit zu Änderungsantrag 3:

Cordula Bieri (Grüne): *Zu einem lebendigen Quartier gehört auch eine Bibliothek. Wir haben den Antrag gestellt, den Betrag zu erhöhen und den Dispositivpunkt drei vorgeschlagen. Es ist durchaus möglich Quartierbibliotheken zu schliessen, wenn es einen adäquaten Ersatz gibt. Es ist wichtig, dass die Bibliotheken in Gehdistanz erreichbar sind und eine gute Quartierinfrastruktur vorhanden ist.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit zu Änderungsantrag 4:

Severin Pflüger (FDP): *Wir stellen unseren Standardantrag, den wir überall dort einfügen, wo die Stadt einen Kontrakt hat. Ich möchte deshalb auf das substanzielle Protokoll vom 19. November 2014 hinweisen, 24. Ratssitzung, Geschäft 2014/239. Ich übernehme daraus meine Aussagen ganzheitlich.*

Cordula Bieri (Grüne): *Die Grünen lehnen den Antrag ab. Wenn Geld gesprochen wird, soll man das sprechen oder kürzen. Man sollte sich aber nicht einfach die Option offen halten, zu einem späteren Zeitpunkt machen zu können was man möchte.*

Weitere Wortmeldungen:

Hans Urs von Matt (SP): *Der offizielle Antrag kam erst in der letzten Kommissionssitzung. Die SP konnte dort noch keinen Beschluss fassen und ihn auch jetzt noch nicht fassen, weil wir keine Fraktionssitzung mehr hatten. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.*

Severin Pflüger (FDP): *Ich verstehe, wenn man das Bibliotheksnetz redimensionieren will, teilen tue ich die Ansicht aber nicht. Eine Bibliothek sollte eine gewisse Lebensqualität bieten. Nicht nur Regale mit Büchern, sondern auch Sitzgelegenheiten. Ist es substanziell teurer, wenn die Bibliothek ein Sofa aufstellt, als einen nackten Stuhl? Es ist der falsche Weg, Kürzungen vorzunehmen, weil man das Inventar anzweifelt.*

Isabel Garcia (GLP): Auch wir sind der Ansicht, dass wir die vorliegende Weisung unverändert unterstützen. Wir sind überzeugt, dass die Strategie der PBZ richtig ist. Wir werden beim Änderungsantrag 3 von der Enthaltung zur Mehrheit wechseln.

Dr. Daniel Regli (SVP): Ich wollte nicht das Inventar anzweifeln, sondern die Summe des Überangebots aufzeigen. Die grossen Bibliotheken sind sehr grosszügig bezüglich Funktionen, Fläche und Mobiliar eingerichtet.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: Die PBZ hat sich in den letzten Jahren gewaltig entwickelt. Wir hatten in Bezug auf die städtische Unterstützung die letzten sechs Jahre immer den gleichen Betrag und beantragen diesen für die nächsten drei Jahre wieder. Mit den 9,4 Millionen Franken liegen wir knapp unter der Schmerzgrenze. Hier kann man den Gürtel nicht mehr enger schnallen, fallen wir darunter, gefährden wir die Grundversorgung. Es ist schmerzhaft für die einzelnen Quartierbibliotheken, aber es wird eine gewisse kritische Grösse benötigt. Diese werden aber nur geschlossen, wenn wir wirklich etwas als Ersatz anbieten können. Den Dispositivantrag 3 finde ich gut, wenn man sich vertraglich zur Flexibilität verpflichtet. Der Stadtrat würde hier folgen. Das Postulat lehnen wir ab, weil es nicht realistisch ist.

Änderungsanträge 1 und 2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für das Jahr 2015 ein Betriebsbeitrag von Fr. 9 000 000.–, für das Jahr 2016 ein Betriebsbeitrag von Fr. 8 600 000.– und für das Jahr 2017 ein Betriebsbeitrag von Fr. 8 200 000.– gewährt.

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für die Jahre 2015–2017 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 9 517 000.– gewährt.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Linda Bär (SP) i. V. von Nicolas Esseiva (SP), Heidi Egger (SP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit 1: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
Minderheit 2: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit.a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Mehrheit	85 Stimmen
Antrag Minderheit 1	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	14 Stimmen
Total	<u>121 Stimmen</u>

= absolutes Mehr

61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
Abwesend: Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Hans Urs von Matt (SP) Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Linda Bär (SP) i. V. von Nicolas Esseiva (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag 3 / Schlussabstimmung, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3:

3. Die Quartierbibliothek Seebach bleibt erhalten.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP) Referent; Linda Bär (SP) i. V. von Nicolas Esseiva (SP), Heidi Egger (SP), Martin Götzl (SVP), Rosa Maino (AL), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Markus Merki (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 32 Stimmen zu.

Änderungsantrag 4 / Schlussabstimmung, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3:

3. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 % kürzen, sofern die

städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag ausweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 % kürzen.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Minderheit: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL)
Enthaltung: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Linda Bär (SP) i. V. von Nicolas Esseiva (SP), Heidi Egger (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 47 gegen 59 Stimmen ab.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich wird für die Jahre 2015–2017 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 9 400 000.– gewährt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

605. 2014/391

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 03.12.2014:

Schliessungen von Quartierstandorten der Pestalozzi-Bibliothek (PBZ), Kompensation durch eine Zusammenarbeit mit anderen Anbieterinnen und Anbietern

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Hans Urs von Matt (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 567/2014):
Uns ist es wichtig, dass die Unterstufenkinder allein und ohne Begleitung von Erwachsenen die Bibliotheken besuchen können, um dort Bücher auszuleihen. Mit etwas gutem Willen ist es möglich, Alternativen zu schaffen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Wortmeldung des Stadtrats siehe GR Nr. 2014/262, Beschluss-Nr. 604/2014.

Weitere Wortmeldungen:

***Severin Pflüger (FDP):** Wir wollen keine Parallelstruktur. Die PBZ stellt die Grundversorgung in der Stadt sicher und wir benötigen keine zweite Organisation. Wenn sich für die PBZ der Bedarf in einem Quartier nicht mehr lohnt, ist es widersinnig eine andere Buchausleihe dort anzubieten.*

***Dr. Daniel Regli (SVP):** Die Parallelstrukturen muss zum Schluss wieder der Steuerzahler berappen. Es wird uns schlussendlich mehr kosten. Man rühmt sich einer wunderbaren ÖV-Erschliessung. Wenn es aber darum geht, dass ein Kind über Quartiergrenzen hinweg eine andere PBZ besuchen sollte, ist es unmöglich. Deshalb*

muss man noch keine Kompensation schaffen.

Das Postulat wird mit 60 gegen 60 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten der Ratspräsidentin dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

606. 2014/301

Weisung vom 24.09.2014:

Schul- und Sportdepartement, Stiftung Zürcher Schülerferien, Betriebsbeiträge 2015–2018

Antrag des Stadtrats:

1. Der Stiftung Zürcher Schülerferien wird für die Jahre 2015–2018 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 300 000.– gewährt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin zu den Dispositivziffern 1–2 und Kommissionsmehrheit für den Änderungsantrag:

Cordula Bieri (Grüne): *Die Stiftung Zürcher Schülerferien organisiert seit fast 140 Jahren Ferienwochen für Zürcher Schulkinder. Es wird darauf geachtet, dass jedes Kind, unabhängig vom Familienbudget, daran teilnehmen kann. Die Ferienwochen kommen nur dank des grossen Einsatzes von zahlreichen Freiwilligen zustande. Die Stiftung finanziert sich durch Elternbeiträge und Betriebsbeiträge der Stadt Zürich. Die Höhe des Beitrags, den die Stadt leistet, ist an die Anzahl geleistete Betreuungstage gekoppelt. Da sich die Dauer der Ferienlager aufgrund der veränderten Nachfrage in den letzten Jahren tendenziell eher verkürzt hat, ist der bisherige Maximalbetrag von jährlich 332 600 Franken sehr selten ausgeschöpft worden. Neu wird deshalb ein leistungsabhängiger Maximalbetrag von 300 000 Franken pro Jahr gewährt. Die Stiftung Zürcher Schülerferien ist eine gute Sache und deshalb sollte der Weisung unverändert zugestimmt werden.*

Kommissionsminderheit für den Änderungsantrag:

Severin Pflüger (FDP): *Ich verweise auch hier auf die 24. Ratssitzung vom 19. November 2014 zur Weisung 2014/239.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag/Schlussabstimmung, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3:

3. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 % kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag ausweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 % kürzen.

Mehrheit: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Markus Merki (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 48 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Zürcher Schülerferien wird für die Jahre 2015–2018 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 300 000.– gewährt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

607. 2014/246

Weisung vom 20.08.2014:

Stadtentwicklung, Stiftung ECAP, Deutschkurse mit Kinderbetreuung («Niveauekurse»), Beiträge 2015–2018; Integrationsförderung, Unterstützung von durch privaten Trägerschaften realisierten Deutschkursen («Sprachförderkredit»), Beiträge 2015–2018

Antrag des Stadtrats:

1. Der Stiftung ECAP wird für das Leistungspaket «Niveauekurse mit Kinderbetreuung» ein leistungsabhängiger Maximalbetrag von jährlich Fr. 896 000.– für die Jahre

2015–2018 gewährt.

2. Zur Finanzierung von Alphabetisierungs-, Einstiegs- und Trainingskursen im Rahmen des «Sprachförderkredits» für die Jahre 2015–2018 werden jährliche Ausgaben von maximal Fr. 989 000.– bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Isabel Garcia (GLP): Es geht hier einerseits um die Weiterführung der Deutschkurse, die von der Stiftung ECAP organisiert werden. Die ECAP ist ein nichtprofitorientiertes Institut, das von Migrantinnen und Migranten gegründet wurde und auf Erwachsenenbildung spezialisiert ist. Dort wird über Niveauekurse inklusive Kinderbetreuung entschieden. Im zweiten Teil der Weisung geht es um städtische Sprachkredite, die bei der Stadtentwicklung angesiedelt sind und im Präsidentialdepartement verwaltet werden. Hier werden Alphabetisierungskurse und Einstiegs- sowie Trainingskurse dezentral in den Quartieren finanziert. Neu ist, dass die beiden Beitragsperioden harmonisiert wurden. Mit den Angeboten wird keine Konkurrenz zu etablierten Angeboten auf dem Markt aufgebaut. Es handelt sich um spezialisierte Angebote, die auf dem freien Markt nicht existieren, weil sie nicht rentieren würden. Wir haben es mit einer speziellen Zielgruppe zu tun, die nicht auf die Angebote des freien Markts zugreifen kann. Trotzdem ist es wichtig, dass die Angebote existieren. Sie richten sich nämlich an Menschen, die auch einen Zugang zu Deutschkursen benötigen. Kenntnisse in der lokalen Sprache sind unentbehrlich für die Integration in eine Gesellschaft und auch, um ein eigenständiges Leben zu führen.

Kommissionsminderheit:

Martin Götzl (SVP): Das Angebot der ECAP ist umfassend. Die Lernzielüberprüfung der Kurse funktioniert so, dass die Teilnehmer ihre Lernzielerreichung mit Hilfe eines sogenannten Lernfeedbacks überprüfen. Dem Kursteilnehmer wird die Botschaft vermittelt, dass er in einem Wohlfühlkurs ist, um ihn möglichst lange für fortsetzende Kursangebote gewinnen zu können. Die Stadt verpasst hier die Möglichkeit, die Kursteilnehmer auf die Realitäten der Arbeitswelt vorzubereiten. Die SVP befürwortet die Sprachangebote von Privatanbietern. Hier werden Lernkontrollen durchgeführt und Vollkosten von einer Lektion unter 150.- Franken generiert. Beim Privatanbieter kann man mit den geforderten Kosten viel mehr Lektionen ausführen. Die Vollkostenrechnung und die Leistungsziele beinhalten Verbesserungspotenzial und sind weder marktgerecht noch zielorientiert. Die SVP beantragt die Ablehnung der Dispositivziffern 1 und 2.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das gute Deutschkenntnisse essenziell sind für ein gutes Zusammenleben, ist unbestritten. Darum sind auch die Aktivitäten zur Verbesserung der Deutschkompetenzen in der Bevölkerung eine anerkannte integrationspolitische Massnahme. Es braucht sie sehr gezielt, dort wo die Bedürfnisse nicht über den freien Markt abgedeckt werden können. Sie sollen das Gesamtangebot nicht konkurrenzieren sondern gezielt ergänzen. Die zwei Angebote haben sich in den letzten Jahren in der Praxis bewährt und mit der Erfahrung weiterentwickelt. Mit einer Genehmigung können wir die Sprachförderung angemessen und zielorientiert aufrecht erhalten. Gleichzeitig beteiligen sich Bund und Kanton finanziell an den Projekten.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung ECAP wird für das Leistungspaket «Niveaurokurse mit Kinderbetreuung» ein leistungsabhängiger Maximalbetrag von jährlich Fr. 896 000.– für die Jahre 2015–2018 gewährt.
2. Zur Finanzierung von Alphabetisierungs-, Einstiegs- und Trainingskursen im Rahmen des «Sprachförderkredits» für die Jahre 2015–2018 werden jährliche Ausgaben von maximal Fr. 989 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

608. 2014/232

Weisung vom 09.07.2014:

Kultur, «Zürich im Landesmuseum», permanente Einrichtung mit Animationen und Informationen über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit für Realisierung, jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge 2016–2019

Antrag des Stadtrats:

Es werden unter dem Vorbehalt der Entscheide des Regierungsrats und des Kantonsrats betreffend Lotteriefondsbeiträge folgende Ausgaben bewilligt:

1. Der Investitionsbeitrag an die Projektierung und Realisierung der permanenten Einrichtung von ZiL im Landesmuseum Zürich in der Höhe von Fr. 1 760 000.–.
2. Der jährlich wiederkehrende Betriebsbeitrag von Fr. 300 000.– an den Verein ZiL «Zürich im Landesmuseum» für die Jahre 2016–2019.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit zu den Dispositivziffern 1–2:

Hans Urs von Matt (SP): Das Projekt «Zürich im Landesmuseum» wurde von Stadt und Kanton gemeinsam lanciert. Durch den Erweiterungsbau des Landesmuseums haben wir die einmalige Gelegenheit, dort das Zürich-Museum einzurichten. Auf einer Fläche von rund 350 m² an zentralster Lage, können wir Zürich der Öffentlichkeit und den Touristinnen und Touristen präsentieren. Es wird eine permanente, multimediale Installation geben. Die Kernfunktion von Zürich im Landesmuseum wird Wegweiserfunktionen auf kulturhistorische Einrichtungen in der Stadt und im Kanton beinhalten. Das soll dazu animieren, diese Orte auch aufzusuchen. Der zweite thematische Bereich wird in Form einer Pinnwand sein. Text, Bild und Ton können selber abgerufen und zusammen gestellt werden. So kann jeder Besucher für sich eine eigene Route durch die Ausstellung entwerfen. Des Weiteren gibt es zehn Themenbereiche, die Zürich darstellen. Geplant ist mindestens ein jährlicher thematischer Schwerpunkt und die permanente Weiterentwicklung der Installation. Die Eröffnung ist geplant für 2016, zusammen mit der Eröffnung zum Erweiterungsbau. Wir haben eine einmalige Chance und bekommen viel für das Geld.

Kommissionsminderheit zu den Dispositivziffern 1–2:

Isabel Garcia (GLP): Es ist ein eher schwammiges und unklares Konzept, das aus der Weisung hervorgeht. Dies überzeugt uns nicht wirklich. Es geht hier um einen sehr hohen Investitionsbeitrag plus noch einen jährlich wiederkehrenden Beitrag. Wir haben uns vorher dreissig Stunden lang über das Budget unterhalten. Bei einem solch unklaren Konzept will man aber wieder Geld ausgeben.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum Änderungsantrag:

Severin Pflüger (FDP): Auch hier möchte ich wieder auf das 24. Substanziale Protokoll vom 19. November 2014, Geschäft 2014/239 berufen. Ergänzend ist zu sagen, dass wir ein Kulturbudget von 150 Millionen Franken haben. Ein sehr grosser Teil, weit über 100 Millionen Franken, ist an solche Verträge gebunden. Verträge, die wir zahlen müssen für die Leistungen, die uns geboten werden. Unabhängig davon, wie gut oder schlecht es unserer Stadt geht. Wenn wir in ein Bilanzdefizit laufen, müssen wir auch in der Kultur kürzen, so, wie wir überall sonst kürzen müssen. Wir möchten, dass alle Kulturträger solidarisch einen gleichmässigen Beitrag an die Sanierung der städtischen Finanzen leisten.

Christina Hug (Grüne): Es ist schwierig, etwas an einmal beschlossenen und bestehenden Subventionen für Kulturinstitutionen zu ändern. Wir stimmen der Weisung aber trotzdem zu. Das Projekt entspricht einem Bedürfnis, sowohl der Bevölkerung als auch der Besucherinnen und Besucher von Zürich. Wir haben bis jetzt kein Stadtmuseum. «Zürich im Landesmuseum» schliesst diese Lücke zu einem ausserordentlich guten Preis. Wir können das Projekt nicht einfach zurückstellen, es muss parallel zur Erweiterung des Landesmuseum entwickelt werden. Angesichts einer angespannten finanziellen Lage ist es nicht sinnvoll, in eine kulturpolitische Leichenstarre zu verfallen. Den FDP-Antrag lehnen wir ab.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Für uns ist der Betrag zu hoch. Das Konzept ist sehr vage. Das Zürich-Museum ist ein virtuelles Museum, eine Werbeplattform. Neben dem Landesmuseum gelegen, kann man dort sehr viel Statistik, Zahlen und Virtuelles

bekommen. Zudem ist es ein Gratisangebot. Die Betriebskosten werden mit der Zeit höher sein als jetzt angesetzt, weil man das Angebot erneuern und pflegen muss.

Mauro Tuena (SVP): Dies ist eine Weisung, die wie keine andere aufzeigt, dass Nötiges und Wünschbares zu trennen sind. Diese Ausgaben sind nicht nötig. Es ist wichtig, nicht nur bei der Budgetdebatte auf die Ausgaben der Stadt zu achten, sondern auch bei einzelnen Weisungen unter dem Jahr.

Samuel Dubno (GLP): Die Investition wird das jährliche Budget belasten. In Zürich gibt es kein Bedürfnis nach einem Museum, davon haben wir wirklich genug. Das ist eine begehbare App und eine Standortförderung. Die Partei, die vor zwei Stunden das Budget zurückgewiesen hat, beschliesst jetzt neue Investitionen. Das ist nicht mehr nachvollziehbar.

Eduard Guggenheim (AL): In der kantonalen Abstimmungsvorlage stand zum Landesmuseum Erweiterungsbau, dass der Kanton viele seiner historisch wertvollen Sammlungsgegenstände dem Landesmuseum zur Aufbewahrung und Präsentation übergeben wird. Zürich ist dabei im Objektbereich stärker vertreten als andere Landesregionen. Die Erweiterung wird es ermöglichen, der Zürcher Bevölkerung diesen Kulturschatz vermehrt zugänglich zu machen. Für eine multimediale Installation ist kein Museum nötig. Solche Zusammenstellungen kann man im Internet anschauen.

Markus Kunz (Grüne): Man kann nicht in der ganzen Budgetdebatte belehren wollen, wie man richtig spart und dann ein Projekt unterstützen, das man für die nächsten Jahre zahlen muss.

Simon Kälin (Grüne): Es gibt Potenzial für dieses Museum in der Stadt. Das Virtuelle kann sehr wohl mit dem Realen vereinbart werden. Das Museum kostet zwar, es ist aber eine einmalige Chance für Zürich – mit einer finanziellen Beteiligung von Kanton und Bund – zu einer guten, neuen Bildungsinstitution mit touristischem Potenzial zu kommen.

Claudia Simon (FDP): Es ging in dem Rat einmal darum, ein ganzes Zürich-Museum zu bauen. Dort sagten wir ganz klar, dass wir kein Museum wollen, dass wir uns aber im Landesmuseum eine Abteilung vorstellen können. Das Projekt ist nicht vage, sondern erklärt genau das, was man damals gefordert hat.

Niklaus Scherr (AL) beantragt geheime Abstimmung gemäss § 46f Abs. 2 Gemeindegesetz: Es wäre hier vielleicht angebracht, von einer geheimen Abstimmung Gebrauch zu machen. Die Bestrittenheit des Geschäfts quer durch die Fraktionen, würde uns einen demokratischen Entscheid ermöglichen.

Roger Tognella (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Der Namensaufruf kommt vor der geheimen Abstimmung.

Samuel Dubno (GLP): Wir hatten in diesem Rat die exakt gleiche Situation schon einmal. In dem Moment, wo es eine offene Abstimmung gibt, kann man dies weiter unterteilen in eine normale Abstimmung oder eine mit Namensaufruf. Wenn der Rat schon eine geheime Abstimmung beschlossen hat, kommt die Frage nach Namensaufruf oder nicht, gar nicht mehr zum Tragen. Die Praxis sollte durchgezogen werden.

Albert Leiser (FDP): Wenn jemand eine geheime Abstimmung will, kann er diese verlangen. Wenn ein Namensaufruf verlangt wird, geht der Namensaufruf vor, weil wir öffentlich gewählt sind. Der Namensaufruf funktioniert nicht in einem Parlament oder in einer Gemeindeversammlung, in der es keine gewählten Parlamentarier gibt. Hier sind

wir gewählt.

Niklaus Scherr (AL): Das kantonale Recht hat Vorrang. Es ist ein höherrangiges Recht als das Recht des Zürcher Gemeinderats. Die Bestimmung sagt, die Abstimmung verläuft offen, sofern nicht ein Viertel eine geheime Abstimmung verlangt. Soweit nachfolgend und in der Geschäftsordnung des grossen Gemeinderats nichts anderes bestimmt ist, geht das kantonale Recht vor. Die Begründung, weil wir vom Volk gewählt sind, können wir nicht geheim abstimmen, ist grotesk. Diese Möglichkeit muss bestehen.

Michael Schmid (FDP): Wir haben die Diskussion damals geführt und sie danach rechtlich vom Rechtskonsulent des Gemeinderats abklären lassen. Wenn im Gemeinderecht nichts anderes bestimmt ist, aber es ist etwas anderes bestimmt. Nämlich das Namensaufruf verlangt werden kann und wenn eine Mehrheit diesem zustimmt, findet die Abstimmung unter Namensaufruf statt. Dieses Recht hat Vorrang. Das ist die abweichende Regelung, die das kantonale Recht vorsieht.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das Konzept ist nicht schwammig. Es ist ein modernes Konzept, das wandelbar ist und den Aktualitäten angepasst werden kann. Es geht darum, eine Lücke zu schliessen. Einen Ort, wo Zürich über sich selber und seine Geschichte erzählt. Es ist dem Stadtrat bewusst, dass der Zeitpunkt problematisch ist. Allerdings ist das Projekt schon sehr lange angedacht. Das Konzept ist zudem wesentlich günstiger, als jedes, das schon diskutiert wurde. Der Stadtrat ist bereit, die FDP-Motion entgegen zu nehmen. Wir sind überzeugt, dass die 1,4 % des städtischen Aufwands, die für Kultur ausgegeben werden, sehr gut investiertes Geld ist. Es muss aber möglich sein, wenn wir einen Bilanzfehlbetrag haben, dass dann auch die Kultur ihren Sparbeitrag leistet.

Die Ratspräsidentin bringt die Verfahrensanhträge wie folgt zur Abstimmung:

Antrag Niklaus Scherr (AL): Verfahren Geheime Abstimmung = Ja-Stimmen

Antrag Roger Tognella (FDP): Verfahren Namensaufruf = Nein-Stimmen

Der Rat stimmt dem Verfahrensanhtrag von Roger Tognella (FDP) mit 60 gegen 59 Stimmen zu.

Der Rat stimmt dem Antrag von Roger Tognella (FDP) auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 86 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Weitere Wortmeldung:

Niklaus Scherr (AL): Ich melde vorsorglich an, dass ich mir vorbehalte einen Stimmrechtsrekurs einzureichen. Dies unter dem Vorbehalt, dass das Behördenreferendum das jetzt angedacht ist, zustande kommt. Es wäre für die Stadt unendlich viel billiger gewesen, wenn sie mit einer geheimen Abstimmung das Projekt abgewiesen hätte, als eine Volksabstimmung darüber zu veranstalten.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Martin Götzl (SVP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	ENTHALTEN
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
119	Bourgeois	Marc	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	ENTHALTEN
131	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	--
130	Egli	Andreas	FDP	JA
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
034	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN

035	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
170	Jäger	Alexander	FDP	JA
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	ENTHALTEN
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
133	Lauber	Tamara	FDP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	--
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	JA
112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	ENTHALTEN
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN

054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
135	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
173	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
045	Steiner	Jonas	SP	JA
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
057	Urben	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	JA
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 45 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Martin Götzl (SVP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
119	Bourgeois	Marc	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	ENTHALTEN
131	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	--
130	Egli	Andreas	FDP	JA
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
034	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN

116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
170	Jäger	Alexander	FDP	JA
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
133	Lauber	Tamara	FDP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	--
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	JA
112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
135	Scheck	Roland	SVP	NEIN

077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
173	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
045	Steiner	Jonas	SP	JA
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
057	Urben	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	JA
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 45 Stimmen zu.

Änderungsantrag/Schlussabstimmung, neue Dispositivziffer 2b

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2b (Die Dispositivziffer 2 wird zu Dispositivziffer 2a):

2. a) Der jährlich wiederkehrende Betriebsbeitrag von Fr. 300 000.– an den Verein ZiL «Zürich im Landesmuseum» für die Jahre 2016–2019.
- b) Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 % kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag ausweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 % kürzen.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Minderheit: Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Cordula Bieri (Grüne), Rosa Maino (AL)

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	NEIN
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
012	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	ENTHALTEN
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	JA
098	Baumann	Markus	GLP	ENTHALTEN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
051	Bieri	Cordula	Grüne	NEIN
119	Bourgeois	Marc	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
131	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
049	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	ENTHALTEN
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	--
130	Egli	Andreas	FDP	JA
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	ENTHALTEN
161	Gautschi	Adrian	GLP	ENTHALTEN
034	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA

005	Hug	Christina	Grüne	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	ENTHALTEN
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
170	Jäger	Alexander	FDP	JA
038	Kälin	Simon	Grüne	ENTHALTEN
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	ENTHALTEN
133	Lauber	Tamara	FDP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	ENTHALTEN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	--
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	ENTHALTEN
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
171	Müller	Marcel	FDP	JA
112	Müller	Rolf	SVP	JA
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	ENTHALTEN
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	ENTHALTEN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA

083	Schäfli	Corinne	AL	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
135	Scheck	Roland	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
173	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
152	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	ENTHALTEN
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
045	Steiner	Jonas	SP	JA
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	ENTHALTEN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	JA
057	Urban	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	JA
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	ENTHALTEN
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Es werden unter dem Vorbehalt der Entscheide des Regierungsrats und des Kantonsrats betreffend Lotteriefondsbeiträge folgende Ausgaben bewilligt:

1. Der Investitionsbeitrag an die Projektierung und Realisierung der permanenten Einrichtung von ZiL im Landesmuseum Zürich in der Höhe von Fr. 1 760 000.–.
2. a) Der jährlich wiederkehrende Betriebsbeitrag von Fr. 300 000.– an den Verein ZiL «Zürich im Landesmuseum» für die Jahre 2016–2019.
b) Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 % kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag ausweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 % kürzen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2015)

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

609. 2014/409
Schriftliche Anfrage von Rosa Maino (AL) und 11 Mitunterzeichnenden vom 17.12.2014:
Nutzungskonzept des Sechseläutenplatzes, Belegungszahlen sowie Hintergründe zu den Gesuchs-, Bewilligungs- und Auswahlverfahren

Von Rosa Maino (AL) und 11 Mitunterzeichnenden ist am 17. Dezember 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im ersten Jahr des neuen Sechseläutenplatzes ist das Nutzungskonzept des Tiefbauamtes nicht respektiert worden. Der Platz wurde während der Hauptsaison vom 1. März bis zum 31. Oktober während mehr als der dafür vorgesehenen 125 Tagen belegt.

Um sich ein genaueres Bild über die Lage machen zu können, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. An wie vielen Tagen inklusive der Auf- und Abbautage war der Sechseläutenplatz im 2014 während der Hauptsaison belegt, und mit welchen Veranstaltungen?
2. Wir bitten, die Auf- und Abbautage je separat auszuweisen.
3. Wie viele dieser Belegungen machen wiederkehrende Anlässe aus, und wie viele andere Veranstaltungen? Wir bitten um absolute und um prozentuale Zahlen.
4. Zu wie vielen Prozenten war die Fläche des Sechseläutenplatzes bei den einzelnen Veranstaltungen belegt, und wie viel blieb trotz Belegung frei zugänglich?
5. Zu wie vielen Prozenten war die Platzfläche bei den einzelnen Veranstaltungen darüber hinaus für die Bevölkerung vollständig abgeriegelt (z.B. für Eintritte, geschlossene Gesellschaften und dgl.), und wie viel blieb trotz dieser Belegungen frei zugänglich?
6. Wieviele Nutzungsgebühren wurden eingenommen? Von wem? Gibt es eine Gebührenregelung und wie sieht diese aus?
7. Wie verläuft das Gesuchs- und Bewilligungsverfahren für wiederkehrende Anlässe? Wie verläuft das Verfahren bei den anderen Veranstaltungen?
8. Wie stellt sich der Stadtrat zum Umstand, dass der Platz im Jahr 2014 während der Hauptsaison zu viel belegt wurde?
9. Wie ist der aktuelle Stand der Bewilligungen für die Belegungen in den Jahren 2015, 2016 und 2017?
10. Wie gedenkt der Stadtrat, eine geeignete Auswahl von Gesuchstellenden für die Belegung des Sechseläutenplatzes treffen zu können? Könnte hierfür eine Findungskommission eingerichtet werden? Ist eine ausgewogene Belegung durch wiederkehrende Anlässe und anderen Veranstaltungen vorgesehen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 7. Januar 2015, 17.00 Uhr.